

Bern

«Emotionale Nähe färbt den Blick»

Nach Eklat an Uni Bern Die Weltlage beeinflusst Universitäten mehr als früher. Umso wichtiger sei es, dass sie sich nicht auf eine Seite schlugen, sagt Antonio Loprieno, ehemaliger Rektor der Uni Basel.

Sarah Buser

Herr Loprieno, nach den Ereignissen am Nahost-Institut der Uni Bern stellt sich die Frage, wie politisch eine Uni sein darf.

Unsere Unis sind politisch eingebettet, weil ungefähr die Hälfte ihrer Finanzierung vom Trägerskanton und ein Viertel vom Bund kommt. Die Unis sind also finanziell von der Politik abhängig. Politische Debatten sollen deshalb an der Universität Platz haben, ohne jedoch Partei zu ergreifen. Eine Uni muss aufklärerisch sein. Das gilt für Debatten hierzulande genauso wie für geopolitische Ereignisse wie den Ukraine-Krieg.

Wie zieht man als Uni die Grenze zwischen politischer Haltung und Aufklärung?

Wir alle sind politisch geprägt. Doch wir müssen uns als Professorinnen und Professoren darum bemühen, Aufklärungsarbeit von Parteinahme strikt zu trennen. Die Uni Bern hat beim Ukraine-Krieg vorbildlich reagiert mit Aufklärungsarbeit: Sie hat im Zentrum für Konfliktlösung Vorlesungen und Seminare zum Thema angeboten, jedoch nicht Partei ergriffen. Ein anderes Beispiel ist die Masseneinwanderungsinitiative 2014. Wir haben uns damals im Namen der Rektorenkonferenz mit grosser Vorsicht geäussert.

Das Nahost-Institut und auch das Urban-Studies-Institut der Uni Basel verfolgen einen postkolonialen Ansatz, der den Blick in der Forschung besonders auf Minderheiten richtet. Zieht das politisch motivierte Dozierende an?

Das postkoloniale Paradigma hat ein grosses Verdienst: Es hat klargemacht, dass die Welt nicht einfach auf die erlauchte Weisheit des Westens gewartet hat. Das westliche kulturelle Modell ist nicht mehr das Mass aller Dinge, insbesondere in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften. Aber es ist schon so, dass die postkoloniale Lehre dazu ten-



Wie politisch darf eine Uni sein? Foto: Christian Pfander

Zur Person

Antonio Loprieno hat die administrative Untersuchung des Instituts für Studien des Nahen Osten an der Universität Bern geleitet und gravierende Missstände aufgedeckt. Deshalb nimmt er dazu keine Stellung in diesem Interview. Basierend auf seinem Bericht löste die Uni Bern das Institut in seiner jetzigen Form auf und richtet es neu aus. Loprieno war Rektor an der Universität Basel von 2005 bis 2015. Von 2018 bis 2020 war er Präsident der Akademie der Wissenschaften Schweiz, von 2018 bis heute ist er Präsident des europäischen Dachverbandes der Akademien der Wissenschaften. (bob)

diert, die moralische Hoheit zu beanspruchen.

Wie zeigt sich das?

Wir alle sind emotionale Menschen. Die Gefahr, die vom postkolonialen Paradigma ausgeht, ist die gleiche Gefahr, die ich hätte, wenn ich als Liebhaber italienischer Literatur ebendiese studieren würde anstatt das alte Ägypten. Das wäre nicht gut, weil ich unausweichlich eine Form von emotionaler Nähe mitbringen würde, die meinen objektiven Blick auf den Gegenstand der Wissenschaft färbt. Das ist ein Problem.

Und wie kann dieses Problem gelöst werden?

Diese Gefahr kann neutralisiert werden, indem man die Vertre-

ter des postkolonialen Paradigmas mit Vertretern anderer wissenschaftlicher Ausrichtungen miteinander zusammenbringt und so den Austausch fördert.

Entwickelt man nicht automatisch eine Nähe zum erforschten Gebiet?

Das ist eine zunehmende Tendenz. Ich beobachte auch eine Art «Vermenschlichung» des historischen Wissens. Als ich in den 1970er-Jahren Ägyptologie studierte, interessierte man sich nur für die Hochkultur der alten Ägypter. Heute interessieren wir uns mehr für die tatsächlichen Lebensverhältnisse antiker Menschen. Man studiert heute oft auch, um die eigene Identitätssuche zu befriedigen.

Heisst das, die Unis sind heute politischer im Vergleich zu früher?

Unis stehen mehr als früher unter dem Einfluss der politischen Weltlage. Die Polarisierung, die wir jetzt erleben, ist viel stärker als die, die wir in den 1970er-Jahren erlebten. Politik und Wissenschaft wurden damals noch stärker getrennt.

Polarisierte der Kalte Krieg nicht auch schon damals die Unis?

Wir leben in einer komplexeren geopolitischen Realität als noch im Kalten Krieg oder nach dem Fall der Berliner Mauer. Mit der Corona-Pandemie, dem Ukraine-Krieg und den Attacken der Hamas auf Israel ist eine rein wissenschaftliche Betrachtung schwieriger geworden.

Rektor der Uni Bern verteidigt Verbleib von Institutsleiterin

«Keine Alibimassnahmen» Die Verantwortlichen für den Eklat am Nahost-Institut bleiben. Ein Widerspruch?

Aktivistische Tendenzen, ein unangebrachter Führungsstil, ein Klima der Angst unter Studierenden: Die zutage geförderten Missstände am Nahost-Institut der Universität Bern haben die Hochschulverantwortlichen dazu bewegt, das Institut in seiner heutigen Form aufzuheben. Stattdessen sollen die Islamwissenschaften bald neu aufgestellt und mit anderen Disziplinen zusammengelegt werden.

So drastisch der Schritt der Unileitung daher kommen mag – absolut konsequent scheint er dennoch nicht. So wird die umstrittene Co-Institutsleiterin Selena Tolino zwar degradiert. Die Uni wird sie aber weiterbeschäftigen. Dies, obwohl der Untersuchungsbericht die groben Missstände am Institut klar in der Institutsleitung festmacht. Rektor

Christian Leumann bekräftigt: «Frau Tolino ist Professorin, und in dieser Funktion wird sie weiterhin Führungsaufgaben innehaben, aktuell jedoch unter der Aufsicht der Fakultätsleitung.»

«Wir werden Rechenschaft verlangen»

Kurz: Das Institut wird zwar neu organisiert, das für die Krise verantwortliche Personal bleibt jedoch das gleiche. Sind das vermeintlich harte Durchgreifen der Uni Bern und der Neuaufbau der Islamwissenschaften unter diesen Voraussetzungen bloss eine Scheinübung?

«Es sind keine Alibimassnahmen», wehrt sich Leumann. Immerhin werde hier ein Institut aufgelöst, eine Leitungsperson erhalte zudem eine Abmahnung sowie Weisungen bezüglich ihres

künftigen Verhaltens. «Wir werden die Situation und wie sie sich entwickelt, sehr genau im Auge behalten und Rechenschaft verlangen», kündigt Leumann an.

Man sei keine Industrie, sondern eine Universität und damit «eine Expertenorganisation mit anderen Rahmenbedingungen, Leistungszielen und Bedürfnissen». Die Einhaltung von rechtlichen Grundsätzen sei auch für die Universität Bern als öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons Bern von zentraler Bedeutung. «Massnahmen müssen deshalb immer verhältnismässig sein.» Leumann stellt klar: Aufgrund des Berichts seien keine Anhaltspunkte aufgekommen, welche weitergehende Massnahmen gerechtfertigt hätten.

Er sei überzeugt, mit den verschiedenen Massnahmen einen

konsequenten Weg einzuschlagen, um den Fachbereich neu und breiter zu positionieren und damit einen Mehrwert für Lehre, Forschung und Gesellschaft zu schaffen. Der spektakuläre Niedergang des kleinen Nahost-Instituts mit seinen rund 40 Studierenden, ausgelöst durch einen empörenden Tweet eines Dozenten, wirft derweil eine weitere Frage auf. Namentlich jene nach den kommunikativen Standards, die für Exponentinnen und Exponenten der Uni gelten sollen.

Maulkorb für Dozenten nötig?

So ist es nicht lange her, dass die Uni ihren Mitarbeitenden mit einem neuen Regelwerk den öffentlichen Auftritt vorschrieb. Sie verlangte von ihren Wissen-

schaftlern etwa mehr Zurückhaltung, wenn es etwa um ihre Aktivitäten in den sozialen Medien geht. Kommt nach dem aktuellen Vorfall, der für die Uni einen Shitstorm sondergleichen bedeutete, nun erst recht ein Maulkorb für Mitarbeitende?

Rektor Christian Leumann verneint. Es sei kein Thema, die Regeln bezüglich der Kommunikation gegen aussen weiter zu verschärfen. Ohnehin sei es immer nur darum gegangen, persönliche Meinungen klar zu deklarieren und von Positionen der Universität Bern und wissenschaftlichen Fachdiskussionen abzugrenzen. Leumann betont: «Die meisten Forschenden sind sich dessen bewusst und kommunizieren vorbildlich.»

Christoph Albrecht

Hunderte Wände für Plakate könnten verschwinden

Nach Ja des Stadtrats Bis das Werbeverbot in der Stadt Bern umgesetzt ist, gilt es einige Hürden zu nehmen.

Weniger Werbung gleich weniger Konsum gleich weniger Emissionen. Mit dieser Formel zogen Stadträtinnen und Stadträte mehrerer linker Parteien in den Kampf gegen kommerzielle Werbeplakate im öffentlichen Raum – und waren erfolgreich.

Das Stadtparlament sprach sich mit 30 gegen 29 Stimmen für ein entsprechendes Verbot aus – bei 11 Enthaltungen. Gegen seinen Willen muss Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) nun einen Vorschlag ausarbeiten, wie man die städtischen Vorschriften anpassen könnte.

Schon viel abgebaut

Von Graffenried betont auf Anfrage, dass die Zahl der Plakate auf Stadtboden in den Nullerjahren bereits stark reduziert worden sei und dass Werbeplakate in der Altstadt bereits sehr stark eingeschränkt seien. Zu den konkreten Forderungen des Stadtrats will sich von Graffenried noch nicht äussern: «Wir müssen abklären, wie gross der Spielraum überhaupt ist.»

Denn so klein, wie er in der schriftlichen Vorstossantwort des Gemeinderats schien, ist der Spielraum offenbar nicht: Auf öffentlichem Grund stehen laut der Stadt Bern etwa 920 kommerzielle Plakatstellen. Diese dürfen bis Ende 2027 von der Goldbach Neo OOHAG bewirtschaftet werden. Dafür fließen jährlich gut 5 Millionen Franken in die Stadtkasse. Nach Auslaufen der Konzession könnte die Stadt diese Plakatwände theoretisch leer lassen oder abmontieren.

Für von Graffenried ist klar, dass die Konzession für die Plakatstellen in der heutigen Form nun überprüft werden muss. Zudem gebe es bereits heute die Möglichkeit, das Erstellen neuer Plakatwände auf privatem Boden zu verbieten.

Der Vorstoss zielt zwar auch auf bestehende Werbeflächen auf privatem Grund ab. Doch diese geniessen Bestandsgarantie, wie von Graffenried sagt. Allein Goldbach Neo bewirtschaftet in der Stadt Bern über 500 Plakatwände auf privatem Grund und in Parkhäusern. Die heutigen Haus- und Grundeigentümer mit Plakatplätzen wären somit die Nutzniesser des Werbeverbots: Sie könnten ihre Wände künftig wohl teurer vermieten. Auch die Werbung auf und in Trams und Bussen von Bernmobil ist aus Sicht des Stapi nicht vom Vorstoss betroffen.

«Schuss ins eigene Knie»

Alles andere als glücklich über den Entscheid des Stadtrats ist der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern: Es sei angesichts der wegfallenden Millioneneinnahmen ein «veritabler Schuss ins eigene Knie», sagt Adrian Haas, Direktor des Wirtschaftsverbands. Haas hofft jedoch, dass das Werbeverbot keine Mehrheit finden wird, wenn von Graffenried mit der ausgearbeiteten Vorlage wieder in den Stadtrat kommt. Und: Sollte das Verbot trotzdem durchkommen, rechnet Haas damit, dass bürgerliche Kreise das Referendum ergreifen würden und es zu einer Volksabstimmung käme.

Adrian Hopf-Sulc